

Sofort abschalten!

Entgegen der Behauptung, man könne die Atommeiler nicht alle auf einmal abschalten, sagen Experten das Gegenteil. Deutschland exportiert so viel Strom, dass wir auch keinen Mangel haben werden, wenn alle Meiler vom Netz gehen würden.



Bente Stachowske

Aber dann würde der Strom für die Nutzer viel teurer, ist eine weitere Behauptung. Auch das ist falsch. **Wenn die großen Energiekonzerne weiterhin Milliarden schwere Gewinne machen wollen, ja dann wird's tatsächlich teuer.** Aber müssen die das? Schon seit vielen Jahren sorgen wir, die Endverbraucher dafür, dass diese Konzerne und deren Eigner sich die Millionen in die Tasche wirtschaften. Wofür eigentlich? Niemand weiß es. Schon gar nicht dafür, dass sie Wasser, Wind und Sonne nutzen. Die gehört doch allen!

Und an der Herstellung der Technologie zur Nutzung dieser Ressourcen arbeiten auch nicht die Aktionäre, sondern viele Menschen. Die Energie gehört uns. Aber unsere Bundesregierung hatte bis vor Kurzen nichts Besseres zu tun, als die Laufzeiten der Atomkraftwerke – auch der Ältesten – zu verlängern. Gerade mit denen die am gefährlichsten sind, machen die Konzerne das meiste Geld. Ein Geschenk der Regierung an die Konzerne, wobei unsere Stromkosten immer weiter steigen. Das alles

zeigt: Die Macht der Energiekonzerne muss gebrochen werden. Die Energieindustrie muss vergesellschaftet werden, sie muss entschädigungslos in Gemeineigentum überführt werden. Sonst werden wir Menschen weiter ausgebeutet und lassen uns weiter den unkalkulierbaren Risiken aussetzen.

Wir fordern eine Energieversorgung, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert: **dezentral, erneuerbar und kontrolliert.**

Hartz IV-Urteil: 217,50 Eu sind zum Wohnen zu wenig

Die Höhe der kalten Miete, die in Essen einem Hartz-IV-Empfänger zusteht, ist viel zu niedrig. Das hat das Sozialgericht Duisburg schon mehrfach angemahnt. In Bottrop erlaubt das Jobcenter sogar 270 Euro, und das, obwohl dort die Mieten durchschnittlich niedriger sind. Jetzt erging

ein Urteil durch das die für Essen veröffentlichten Mietobergrenzen (auch für Mehrpersonenhaushalte) nicht mehr gültig sind. Laut Urteil müsste das Jobcenter etwa 240 Eu für einen Einpersonenhaushalt zulassen. Nun prüft das Rechtsamt der Stadt erst einmal, ob gegen das Urteil in

Berufung gegangen werden soll. Schon allein diese Prüfung ist unsozial. Ob es unter diesen Bedingungen wirklich gut ist, dass die Stadt wahrscheinlich eine Optionskommune wird – also das Jobcenter unter städtischer Regie geführt wird? Wir bezweifeln das.

Als Feuerwehr kann man Kinderarmut nicht wirksam bekämpfen

Schon am 08. Februar diesen Jahres hatte der Jugendhilfeausschuss der Stadt über das Konzept „Kinderarmut bekämpfen“ zu entscheiden. Dies war ein auch von der DKP (damals im Rat) gefordertes Konzept, nachdem der Kinderbericht 2008 massive Probleme aufzeigte.

Wir hatten uns aber was Konkretes versprochen. Ein Konzept das an die Wurzel des Übels geht und den Familien größere Spielräume erlaubt. Aber die Stadt spielt nur Feuerwehr. Man will nur in einigen Stadtteilen - wenn auch wichtige - konkrete Maßnahmen durchführen. Man nehme sich den längst vorliegenden Ziel- und

Maßnahmeplan „Essen.Großstadt für Kinder“ und stütze die ohnehin mageren konkreten Dinge noch auf wenige Stadtteile ein. Real ist es eine Kürzung bereits bestehender Maßnahmen.

Seitenlang lässt man sich darüber aus, wie man die Stadtteile (Raumeinheiten) mit „vordringlichem Handlungsbedarf“ ermittelt. Konkrete Maßnahmen, Fehlanzeige. Und das bei der Feststellung, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund größer geworden ist, dass der Anteil der Kinder die auf existenzsichernde Hilfen angewiesen sind, größer geworden ist und das der Anteil der

Schulanfänger/innen ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen kleiner geworden ist. Fazit: Der Bedarf steigt, das reale Handeln der Stadt wird kleiner.

Statt dessen kursierte ein Vorschlag, den Kinderarztmangel im Essener Norden mit sogenannten Arztcontainern oder mobilen Arztstationen ausgleichen zu wollen. Wer denkt da nicht an Slums? Kein Kind und kein Eltern will draußen im Regen auf der Straße warten, damit es Hilfe bekommt. Die Symbolik ist so dramatisch wie die Situation. Die Ratsparteien haben das offenbar noch nicht erkannt.



Kultur im schwarzen Kleid

Die Bürgerliste Nord trauerte am 19.02.2011 um die Dahingeschiedene Kulturhauptstadt.

Andere Länder, andere Kultur – so jedenfalls fühlte man sich bei der Trauerrede dieser symbolischen Beerdigung. Es war eine fulminante Kampfesrede die dazu aufforderte, sich endlich für eine Breitenkultur im Sinne der Vielfalt für alle, einzusetzen. Das Gerede von leeren Kassen wird immer nur dann ganz kleinlaut, wenn es um Hochkultur geht. Arme Schweine gibt es vor allem bei den Bibliotheken, den

Kinder- und Freizeiteinrichtungen, Kleinkunsth Bühnen und -theatern und den Sportanlagen.

Die Kulturhauptstadt dagegen hat den Menschen nur zweierlei gebracht: Neben der ein oder anderen tollen Party – unbenommen, die gab es – werden wir auf den nachhaltigen Schulden sitzen bleiben. Von Nachhaltigkeit bei der Entwicklung der Kultur in unserer Stadt keine Spur. All jene vorgeschlagenen

Projekte die langfristig und mit Perspektive angelegt waren, kamen erst gar nicht ins Programm. Von Arbeiterkultur mal ganz zu schweigen. Fußball wurde an die Autobahn genagelt. Tooor! Wenn man da mit dem Auto durchrauscht, fühlt sich das an wie ein Eigentümer. Und die Dusche auf meinem Sportplatz schimmelt weiter.

* Die Trauerrede gibt es auf der Internetseite der Bürgerliste Nord

Arbeitskosten in Deutschland sinken - und die Löhne?

An vielen Tariffrenten wird derzeit wieder um einen Anteil am großen Aufschwung gerungen. Die Forderungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sind den meisten Bürgern durch Berichte in den Medien präsent.

Die aktuellen Tarifverhandlungen bei der IG BCE, der IG BAU und anderen sind dagegen eher selten zu hören. Also wissen viele Bürger nicht, dass die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik sich auf einem für Europa äußerst niedrigem Niveau befinden. Im Bundesdurchschnitt liegen diese bei 25 % der

Gesamtarbeitskosten. Im Dienstleistungsbereich lagen sie 2009 bei 26,50 €. Niedriger waren nur Italien (26,20€) und Großbritannien (18,30). Quelle: Hans-Böckler-Stiftung (IMK.)

Die Verdienstunterschiede zwischen Industrie und Dienstleistungssektor sind in Deutschland größer als in jedem anderen EU-Land, weil: 1. im Dienstleistungssektor sind überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt, die bei gleicher Qualifizierung oft weniger Lohn als die männlichen Kollegen bekommen. 2. das Fehlen eines gesetzlichen Mindest-

lohns treibt Entgelte nach unten.

Die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in Deutschland lag im Schnitt der letzten Jahre bei 1,9%.

Allein aus diesen Gründen ist es richtig Tarifforderungen von über 5% in den Branchen aufzustellen. Die IG BCE hat für die Chemische Industrie eine Forderung von 7 % aufgestellt. Die IG BAU hat im Bauhauptgewerbe die Forderung von 5,9 % formuliert. Der (Teil-)Abschluss der Ver.di für die Bundes- und Landesbeschäftigten in den letzten Wochen lässt da zu wünschen übrig.

Demonstration: **Gegen die Schließung des JZE**



STEAG-Kauf – gut für die Menschen?

Allenthalben wurde der Beschluss des Essener Rates, die STEAG-Anteile zu kaufen, für gut befunden. Sogar die Partei Die Linke stimmte dafür. Die Argumentation: der Kauf biete eine große Chance für eine gesicherte Energieversorgung der Zukunft durch die öffentliche Hand. Außerdem könne man den ökologischen Umbau angehen. Angesichts der Katastrophe in Fukushima ein großer Gedanke. Doch sind solche guten Vorsätze sicher?

Die Stadt Essen, bzw. deren Tochter die EVV agieren genau so wie ein kapitalistisches Unternehmen. Sie müssen in erster Linie Profit erwirtschaften. Schon der Kauf der Anteile ist ein Problem. Die EVV nimmt dafür einen Kredit in Millionenhöhe auf. Es werden also für die Stadt für viele Jahre keine Überschüsse mehr erwirtschaftet, die für andere Aufgaben zur Verfügung standen. Öffentliche Projekte können so nicht

mehr finanziert werden. Für den Kredit müssen Zinsen bezahlt werden, auch von öffentlichem, also unserem Geld.

Können wir Einfluss auf das Unternehmen nehmen, nur weil es in Regie eines öffentlichen Eigentümers geführt wird? Nein! Mitbestimmung durch die Bevölkerung ist nicht vorgesehen. Ob wir also in erster Linie Grüne Energie bekommen, muss in Frage gestellt werden. Hinzu kommt die Konkurrenzsituation auf den Märkten, die derzeit keine weiteren großen Investitionen zulassen. Auch niedrigere Preise für die Verbraucher wird es deshalb nicht geben.

Fazit: der „STEAG-Deal“ ist kein Fortschritt in der notwendigen Kommunalisierung der Energieversorgung. Dies ist ein Deal im Interesse der Energiekonzerne, die damit vor allem ihre veralteten Anlagen Gewinnbringend abstoßen konnten.

Häusser-Bau in die Suppe spucken

Am 18.03.2010 kamen 40 Interessierte MieterInnen auf Einladung der DKP ins "Landhaus Vogelheim". Und warum? Weil die ehemaligen THS-Wohnungen an die Heuschrecke „Häusser-Bau“ verkauft wurden. Über 400 Mieterfamilien in Vogelheim sind in großer Sorge, und das nicht zu Unrecht.

Karin Schnittker von der Mietergemeinschaft Essen e.V.: "Mit Häusser-

Bau haben wir in Essen schon schlechte Erfahrungen in zwei Siedlungen in Kray und in Freisenbruch machen müssen. Häusser-Bau will so schnell wie möglich weiter verkaufen. Das versuchen sie auch mit faulen Tricks." Um sich wehren zu können, hat die DKP deshalb die Bildung einer Mieterinitiative unterstützt. Die nächste Versammlung findet statt am 04.05.2011, 19:00 im Computain-

Die Schließung des letzten zentralen städtischen Jugendzentrums in Essen wurde vom Stadtrat beschlossen. Ab dem 01.06.2011 wird der öffentliche Betrieb im JZE Papestraße voraussichtlich eingestellt. Doch wurde von der Stadt keine hinreichende Alternative geschaffen. Der ebenfalls von der Stadt beschlossene Umzug in die Weststadthalle ist keine Lösung. Hier gibt es nicht den Raum für alle Gruppen, die bisher im JZE aktiv waren, und vor allem nicht für die offene Kinder- und Jugendarbeit.

Die Weststadthalle wurde von der Stadt bis zum Jahr 2020 angemietet, aber sie findet keinen Pächter dafür. Der Umzug des JZE in die Weststadthalle ist also eine politische Augenwischerei der Stadt. Immer mehr Freizeitmöglichkeiten kosten Geld, das schließt viele Familien aus sozialen Gründen davon aus. Kinder und Jugendliche finden kaum noch verlässliche Ansprechpartner, die sich um ihre Sorgen und Belange kümmern. Die soziale und kulturelle Einrichtung Papestraße bietet ein warmes Mittagessen für kleines Geld, Kultur, die sich alle leisten können, Bildungsarbeit für alle Interessierten. Ein geeigneter Raum für alle Generationen und Nationalitäten. Die sozialen Auswirkungen der Schließung sind noch nicht absehbar.

Das wollen wir so nicht hinnehmen! Deshalb protestieren wir gegen die Schließung und für die Umsetzung aller notwendigen Baumaßnahmen, um das JZE zu erhalten.

Kommt zur Demonstration für das JZE!

Wann: **28.05.** um 18:00 Uhr

Wo: Papestrasse

Ein Bündnis aus NutzerInnen, BezirksschülerInnenvertretung, Jugendverbänden und Parteien kämpft weiter für den Erhalt des JZE! Die DKP arbeitet aktiv im Bündnis mit. Kontakt: Bündnis „Rettet das Jugendzentrum Papestraße“ c/o BezirksschülerInnenvertretung Essen, im Bürgerzentrum Rütterscheid, Girardetstr. 21, 45131 Essen www.rettet-das-jze.de – E-Mail: info@bsv-essen.de

er, Stakenholt 24. Ein Vertreter der Essener Mietergemeinschaft wird anwesend sein.

Eine individuelle Rechtsberatung zu mietrechtlichen Themen bekommen Mieter bei der Mietergemeinschaft Essen e.V. in der Herwarthstr. 42 und unter der Telefonnummer 74 919 20

Messe Essen: Ein Loch ist im Eimer

Seit Jahren verschlingt die Messe Essen Millionen. Da wurden Grundstückserlöse dem Eigenkapital der Messe Essen zugeführt, der Rat stimmte zu, ohne, dass er genau wusste, um welchen Betrag es ging (Grundstück Messehotel). Der Erlös des Grundstücks für den Neubau von E-on wurde ebenfalls teilweise in die Messe gesteckt.

Egal übrigens, wer den OB oder die Ratsmehrheit stellte und egal, wer durch die großen Ratsparteien in den Aufsichtsrat der Messe geschickt wurde. Ein Konzept gab es nie, solange die DKP im Rat saß, hatte sie das immer wieder angemahnt. Es gab Gutachten, wie wichtig die Messe für Essen sei.

Gutachten auf deren Basis kein kapitalistischer Unternehmer auch nur einen Euro investieren würde. Was es aber nicht gab und gibt, ist der gesunde Menschenverstand: Die Messe Essen kann zwischen der Messe in Düsseldorf und der in Dortmund und angesichts genereller Überkapazitäten nicht überleben. Sie ist ein Zombie, außer man haucht ihr mit immer mehr Millionen aus den Taschen der Bürger neues Leben ein, damit Dortmund oder Düsseldorf zum Zombie wird.

Warum machen die das?

Warum halten die Ratsparteien diesen Zombie am Leben? Die Messe nutzt den

Unternehmen (nicht den Menschen dieser Stadt) und gegen alle Warnungen hat man vor einigen Jahren einen Deal (Cross Border Leasing) gemacht, übrigens mit Geheimverträgen, für die heute klar ist: Die Kritiker hatten recht. Für ein paar Krümel hat man sich für Jahrzehnte an amerikanische Finanzgesellschaften gebunden, mit Verpflichtungen, von denen man sagt, dass man ohne Zustimmung dieser Investoren noch nicht einmal „einen Mülleimer im Messegelände entfernen darf.“

Wir fragen: Warum müssen eigentlich immer die Bürger für die Folgen und Spätfolgen der (Kommunal-)politiker zahlen?

A52-Beschluss der SPD: **SPD gibt leider Druck der IHK nach**

Für den Kreisvorstand der DKP erklärt Patrik Köbele: „Die SPD ist eingeknickt. Offensichtlich bewerten Teile der SPD die Interessen der Industrie höher wie die Interessen der Menschen in unserer Stadt. Anderen Teilen der SPD ist offensichtlich die Parteiloyalität wichtiger als die Interessen Ihrer Stadtteile. Herausgekommen ist ein Beschluss nach dem Motto: „Die Erde ist rund und dreht sich um die Sonne – ansonsten haben wir keine Meinung.“ Es ist schade, dass die Essener SPD eine Chance vertan hat, die für die Stadt Essen katastrophale Planung einer neuen Transitautobahn mitten durch unsere Stadt, eine Absage zu erteilen.“

Bildungspaket sofort beantragen!!!

Von rund 41.000 berechtigten Kindern in der Stadt, liegen erst ca. 300 Anträge auf Leistungen aus dem Bildungspaket beim Jobcenter und dem Sozialamt vor. Das Problem: die Menschen wissen nicht, was Ihnen zusteht. Nicht etwa, weil sie zu dumm wären, sondern weil man Ihnen gerade bei neuen Gesetzen die rechtzeitige Information vorenthält. „Dauernde Anschreiben vom JobCenter erhalten dort Gemeldete, werden oft sinnlos gegängelt, aber so eine Information wird nicht schriftlich verschickt. Das ist eine Sauerei“, findet Siw Mammitzsch von der DKP Essen.

Anspruchsberechtigt sind Bezieher von Arbeitslosengeld II, Wohngeldempfänger und Kinderzuschlagsberechtigte. Der Antrag muss bis spätestens zum 30.04.2011 gestellt sein, um noch 108 € pro Kind für die Monate Januar bis März zu bekommen. „Wer seinen Anspruch erst später in Erfahrung bringt, sollte die Leistung trotzdem noch beantragen dürfen“, fordert daher Siw Mammitzsch. „Sonst muss man dem JobCenter vorwerfen, dass es den Kindern ihr Recht verweigert.“



Inti Illimani, Chile

Kauft bitte den Solidaritäts-Button für 5 Euro zur Finanzierung des Festes

★UZ-Pressefest 2011★

Auf dem UZ-Pressefest sind die Essener und andere Ruhris und Westfalen im Roten Markt zu finden. Dort erwartet Euch:

Freitag abend:

- Trio Clang • Banda Bassotti, Ska/Reggae aus Italien

Samstag:

- verschiedene Diskussionen Künstler und Bands aus unserer Region • spät abends noch: politischer, irischer Folk unplugged

Sonntag:

- Sketche und Infos zu 100 Jahre Internationaler Frauentag
- Warum wird so Eine/r Kommunist? – Ein 4-Generationen-Gespräch

www.dkp-online.de/pressefest

★umsonst & draussen★

Kontakt. DKP Essen
Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen
Tel.: 0201/23 56 45
dkp.essen@dkp-essen.de

V.i.S.d.P.: P. Köbele, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

Ja, ich will...

- ☆ das rotlicht im abo
- ☆ eingeladen werden
- ☆ mitmachen

Name | Vorname _____
Strasse | Plz | Ort _____

Ausfüllen, ausschneiden und absenden an die DKP Essen

FEST DER SOLIDARITÄT

**Volksfest der DKP & UZ
24.-26. Juni 2011
Dortmund
Revierpark Wischlingen**

www.fest-der-solidaritaet.de